



Stellungnahme der Deutsch-Arabischen Gesellschaft zu den Verlautbarungen des SPD-Kanzleramts-Aspiranten Martin Schulz im TV-Gespräch mit der Bundeskanzlerin

Schulz im O-Ton: *„Es gibt zum Beispiel junge Palästinenser, Männer, die zu uns kommen, die mit einem tief verwurzelten Antisemitismus erzogen worden sind. Denen muss man in klaren Sätzen sagen: „In diesem Land hast Du nur dann einen Platz, wenn Du akzeptierst, dass Deutschland ein Land ist, das Israel schützt, dass das unsere Staatsräson ist.““*

Diese Bemerkung war überflüssig und unangemessen. Israel verletzt seit 50 Jahren durch seine Besatzungs-, Enteignungs- und Vertreibungspolitik systematisch das Völkerrecht, wie der UN-Sicherheitsrat in einer einstimmigen Resolution vom 23.12.2016 festgestellt hat. Der Mauerbau widerspricht internationalem Recht (Internationaler Gerichtshof 9.7. 2004).

Martin Schulz sprach 2014 in seiner Rede in der Knesset die ungerechte Wasserversorgung der Palästinenser an, denn sie missachtet die Vierte Genfer Konvention. In einer einstimmigen Entschließung forderte der Deutsche Bundestag 2010 Israel auf, die Blockade des Gazastreifens, den die UNO inzwischen für unbewohnbar erklärt hat, sofort zu beenden. Amnesty International, Unicef, der UN- Menschenrechtsrat und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz haben die seit Jahrzehnten andauernden Menschenrechtsverletzungen des israelischen Besatzungsregimes angeprangert.

Die Bundesregierung setzt sich verbal für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, Israel unternimmt jedoch durch Landenteignung und Siedlungsbau alles, um einen palästinensischen Staat zu verhindern.

Wird Martin Schulz als möglicher Bundeskanzler diese Praktiken weiter dulden oder gar unterstützen, wie es US-Präsident Trump tut? Für Israels Sicherheit garantiere die deutsche Staatsräson, so Schulz, jedoch in welchen Grenzen? Die israelischen Schulbücher bezeichnen fälschlich den Jordan als Ostgrenze. Sie erziehen zum Hass gegen die Ureinwohner, die Palästinenser, wie die israelische EU-Sacharow-Preisträgerin Nurit Peled-Elhanan in einer Studie festgestellt anklagt.

Es ist verstehbar, wenn Palästinenser wegen ihrer vielfältigen Unrechtserfahrungen ein kritisches Verhältnis zum Staat Israel haben. Sie werden unterstützt von israelischen

Menschenrechtsorganisationen wie Breaking the Silence und B'Tselem, die Außenminister Sigmar Gabriel besucht hat. Es ist ehrverletzend für Palästinenser, wenn Martin Schulz sie ohne Grund pauschal des Antisemitismus bezichtigt. Er beleidigt damit nicht nur viele in Deutschland lebende Palästinenser, sondern erweist sich selbst einen Bärendienst.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Moritz Bock
Generalsekretär

Deutsch-Arabische Gesellschaft
Calvinstr. 23
10557 Berlin

Tel.: +4930 / 8094 1992

Fax: +4930 / 8094 1996

info@d-a-g.de www.d-a-g.de